

An alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde der VVN-BdA Nürnberg

Wir hatten am 19.März eine sehr eindrucksvolle Sonntags-Matinee aus Anlass des 70-ten Jahrestags der Gründung der VVN in unserer Stadt.

Über 60 Mitglieder, Freunde und Freundinnen nahmen teil. Es freute uns ganz besonders, dass auch unsere ‚Ältesten‘ noch teilnehmen konnten: **Eva Rössner, Helmut Steuerwald, seine Frau Lydia und auch Erich Schreier** aus Röthenbach. **Irma Göhring**, inzwischen 95 Jahre, entschuldigte sich persönlich aus Gesundheitsgründen.



**Ulli Schneeweiß** und Georg Neubauer hatten in Vorbereitung der Geburtstagsfeier das Archiv der Nürnberger Nachrichten besucht und dort die Jahrgänge 1946 und 1947 eingesehen.

„Es waren höchst spannende Texte. Denn diese Zeit beinhaltet hauptsächlich **die Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen** und die Redakteure scheuten sich nicht das NS-System als das zu bezeichnen was es war: **Der deutsche Faschismus**. Und die Menschen im Widerstand waren ohne Wenn-und-Aber **Antifaschisten**“.

Danach gerieten die Opfer des Hitlerfaschismus selbst schnell wieder ins gesellschaftliche Abseits. Denn eine konsequente Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit und eine nachhaltige „Entnazifizierung“ hat leider nicht stattgefunden.



**Christel Hausladen-Sambale** nahm im Rahmen ihrer Begrüßung auch Stellung zur Geschichte der VVN-BdA in unserer Stadt.



**Gerda Reuss**, die vor einigen Jahren mit Schülern der Hauptschule Hummelsteiner Weg das Buch „Schüsse auf dem Aufsessplatz“ erarbeitete, stellte ihren Großvater **Josef Fleischmann** vor. Er verbrachte mehrere Jahre im KZ Dachau und war einer der Mitgründer der VVN in Nürnberg.



**Ernst Grube**, einer der letzten noch lebenden - und aktiven - Zeitzeugen in Bayern beantwortete Fragen über sein Leben. Der vor kurzem gedrehte **Film „Ernst Grube, Zeitzeuge - von einem der nicht aufgibt“** kann bei uns ausgeliehen werden.



Unsere Kameradin **Ute Rüppel** verlas den Schwur von Buchenwald und trug gemeinsam Christoph Kittel antifaschistische Gedichte und Lieder vor.



**Fabian und Sascha** von der Nürnberger SDAJ gratulierten zum 70-ten Geburtstag und betonten die Bedeutung der VVN-BdA als Vorbild und Bindeglied zwischen Jung und Alt im gemeinsamen Kampf gegen die Angriffe der Extremen Rechten.

Aus Anlass unserer 70-Jahrfeier druckten wir in Nürnberg eine **Gedenkschrift aus dem Jahr 1947** nach, die dem **Tag der Opfer des Faschismus** gewidmet ist.

U.a. beschrieb darin der erste Lizenzträger der Nürnberger Nachrichten, **Dr. Josef E. Drexel** die von ihm selbst im Konzentrationslager Mauthausen erlebte gnadenlose Barbarei des Naziregimes. =>

Dem Rundbrief liegt ein Flyer bei zum Widerstand in Nürnberg. Auf die hier genannten Persönlichkeiten wird auch in der Ausstellung

**Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1939 - 1945** hingewiesen.

Bekräftigt werden soll damit die Forderung der **Nürnberger ‚Initiative Straßennamen für den Widerstand‘** nach einer angemessenen Würdigung des Widerstands in unserer Stadt.

**Ausstellungseröffnung:**

Montag 8.Mai 2017, 11:00 Uhr

Beiträge zur Einführung in die Thematik von **Eckart Dietzfelbinger**

(Historiker, ehemals Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nbg.)

**Georg Neubauer**

für die ‚Nürnberger Initiative Straßennamen für den Widerstand‘

**Veranstalter:** Berufliche Schule Direktorat 9

Die Ausstellung findet statt vom 08. - 17.Mai 2017 in der Wieselerstraße 3, 90489 Nürnberg. Der Eintritt ist frei.

Infos zur Gesamtausstellung unter:

<http://www.was-konnten-sie-tun.de/>

=> Es spricht für das genaue Hinschauen und die Fähigkeit gesellschaftliche Entwicklungen einzuschätzen, wenn Dr. Drexel bereits 1947 folgende Sätze schreibt:

*„Sie werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, uns und mit uns unsere Sache, für die wir gelitten haben, ins Unrecht zu setzen und eine weitherzige Auslegung von der Freiheit des Wortes wird es ihnen gestatten, in nicht allzu ferner Zeit eine unverblümt und handfeste Hetze gegen uns zu betreiben, ohne dass sie jemand daran hindert, wenn wir es nicht selbst tun.“*

**Eine Aufgabe, der wir uns als Antifaschistinnen und Antifaschisten immer wieder stellen müssen - und werden.**

Dem Rundbrief bei liegt auch der **Aufruf zum Ostermarsch 2017**. Die VVN-BdA ist wieder mit einem Info-Stand dabei.

**Was uns im Moment vonseiten der neuen amerikanischen Führung vorgeführt wird, ist brandgefährlich.** (siehe auch die S.4)

## Wir bekräftigen den Schwur von Buchenwald

**Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) hat mit einer Erklärung Angriffe des Verfassungsschutzes scharf zurückgewiesen:**

Der Bundeskongress der VVN-BdA in Frankfurt am Main (am 1. und 2. April,) wies mit Nachdruck die verleumderischen Darstellungen und Verfälschungen des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz über die VVN-BdA zurück. Diese fußen auf einem gemeinsamen Dokument des Bundes- und der meisten Landesverfassungsschutzämter. Sie behaupten (in der Klageerwiderung des Landesamts für Verfassungsschutz im Prozess von Silvia Gingold gegen das Land Hessen,) tatsachenwidrig, die VVN-BdA sei eine »linksextremistisch beeinflusste Organisation«, deren Bestrebungen »gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung« gerichtet seien. Die VVN-BdA sei »dem orthodox-kommunistischen Antifaschismus verpflichtet« und trete demzufolge »für eine sozialistische/kommunistische Diktatur« als »einzig konsequente Alternative zu ›faschistischen‹ Gefahren« ein. Die VVN-BdA verfolge »als Ziel die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft«.

**Besonders empörend ist die Behauptung, der Schwur von Buchenwald sei eine verfassungsfeindliche kommunistische Hervorbringung.**

Tatsache ist: Die VVN-BdA ist eine überparteiliche, generationenübergreifende Organisation von Antifaschisten, gegründet vor 70 Jahren von Widerstandskämpfern gegen den Faschismus, von Verfolgten und Opfern des Naziregimes, – was man von bundesdeutschen Geheimdiensten nicht behaupten kann.

Tatsache ist: Gründungsmitglieder der VVN-BdA aus nahezu allen demokratischen Parteien haben die hessische Verfassung und die anderen Landesverfassungen mit erarbeitet. Antifaschisten sind nach wie vor Verteidiger dieser Verfassungen und des Grundgesetzes.

(...) Die VVN-BdA ist keine sozialistische Organisation. Das hindert sie allerdings nicht daran, auf Anfälligkeiten im Kapitalismus gegenüber autoritären, antidemokratischen, kriegstreiberischen und faschistischen Strömungen hinzuweisen und auf eine Demokratisierung der Gesellschaft zu drängen.

**Überdies ist festzuhalten:** Im Gegensatz zur Darstellung des Inlandsgeheimdienstes »Verfassungsschutz«, in der Demokratie mit Kapitalismus gleichgesetzt und damit ein wesentlicher Verfassungsgrundsatz verfälscht wird, ist das Eintreten für einen Sozialismus keinesfalls verfassungsfeindlich (...).

**Die VVN-BdA betont:** »Wir bleiben der feierlich abgelegten Verpflichtung unserer Gründer, den Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten, verbunden. Wir verwahren uns gegen eine Verunglimpfung und bewusste Falschinterpretation des Schwurs von Buchenwald, wie dies der hessische Verfassungsschutz – und auch andere VS-Ämter – getan hat.«

Auf der Gedenkveranstaltung aus Anlass der Selbst-Befreiung des KZ soll der Schwur von Buchenwald bekräftigt werden.

**»Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens: Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.«**

## Erklärung des Bundesausschusses Friedensratschlag

Bundesausschuss Friedensratschlag fordert

O die Bundesregierung auf, den völkerrechtswidrigen US-Angriff auf Syrien zu verurteilen und  
O die Friedensbewegung zu Protestaktionen auf

Der Bundesausschuss Friedensratschlag verurteilt den Marschflugkörper- Angriff der USA auf den syrischen Flugplatz al-Schairat. Er stellt einen Bruch des Völkerrechts dar und erhöht die Spannungen in Syrien und zwischen den USA und Russland. Die Begründung des US-Präsidenten Donald Trump ist nur eine Behauptung.

Nachdem die US-Regierung Barack Obamas für den verheerenden Giftgasangriff auf das syrische

Ghuta am 21. August 2013 postwendend die syrische Regierung verantwortlich machte, jedoch, wie später herauskam, (...) dass die Türkei die Al-Nusra-Front mit Sarin ausgerüstet hatte – und diese zudem selbst in der Lage war, diese herzustellen - und sich außerdem herausstellte, dass das verwendete Sarin wegen dessen spezifischer Zusammensetzung nicht aus den Arsenalen Syriens stammen konnte, hält der Bundesausschuss Friedensratschlag die Analyse für stichhaltig, dass der türkische Geheimdienst MIT und der Al-Kaida-Ableger Al-Nusra für den damaligen Giftgasanschlag in Ghuta die Verantwortung tragen.

Die syrische Seite konnte damals kein Interesse daran haben, die Geduld der US-Regierung zu testen (...)

=> Seite 4



In einer aufwendigen Aktion wurden die syrischen Giftgasbestände unter Aufsicht der OPCW außer Landes gebracht und vernichtet. Die OPCW wurde mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Auch bei diesem neuen entsetzlichen Anschlag in Chan Scheichun ist die US-Regierung, unterstützt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, mit schnellen Schuldzuweisungen an die syrische Regierung zur Stelle. Und dies, ohne dass irgendein Untersuchungsergebnis (Tathergang, Motiv, Zusammensetzung des Kampfmittels und seiner Herkunft, Täterschaft) beweiskräftig vorliegt.

Augenfällig ist auch, dass der Zeitpunkt des Anschlags unmittelbar vor dem Beginn einer internationalen Syrien-Konferenz erfolgte. Und augenfällig ist auch, dass nach dem US-Angriff von Anti-Assad-Kämpfern die Fortsetzung des US-Kriegsengagement in Syrien gefordert wird. Das kriegerische Vorgehen der neuen US-Regierung muss gestoppt werden.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag wertet den US-Angriff auf Syrien völkerrechtlich als Aggression, eine Aggression gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen, das den Schutz vor einem Angriff von außen durch die Nationen genießt. Wir verlangen, dass die Bundesregierung diese US-Aggression verurteilt.

Dieser US-Kriegsakt ist geeignet die fragilen Beziehungen zu Russland weiter zu erschüttern. Er soll der Einschüchterung der syrischen Regierung und allen anderen politischen Gegenspielern der USA auf dem Globus dienen: Zu nennen sind da unter anderem Iran, Russland, China, Nord-Korea. Die Unberechenbarkeit der neuen US-Regierung wird dadurch noch größer.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag ruft zu Protestaktionen gegen den US-Kriegsakt auf.

Berlin/ Frankfurt a.M. 7.4.2017.

Lühr Henken, Willi van Ooyen

### **Westen will den ‚Regime Change‘ in Syrien**

(Reinhard Lauterbach in der JW vom 12.03.17)

Redakteure von Nachrichtenagenturen sind Profis. Zu den reflexartigen Handlungen in diesem Beruf gehört es, einer Straftat oder einem Verdächtigen, die noch nicht gerichtlich abgeurteilt sind, das Adjektiv »mutmaßlich« voranzustellen.

Soviel Verbeugung vor der Unschuldsvermutung als einem Grundprinzip des Rechtsstaates ist bisher selbst im Eifer des Nachrichtengefechts noch üblich. So gab die Agentur *Reuters* am Dienstag die übereinstimmende Auffassung des US-Präsidenten und der Bundeskanzlerin wieder, den syrischen Präsidenten »für seinen mutmaßlichen Giftgasangriff zur Verantwortung zu ziehen«.

=>

**=> Wer sich da verantworten soll, ist klar: nicht der Westen dafür, dass er nachweislich über Jahre Kopfabstreiferbanden wie Al-Nusra und den »Islamischen Staat« aufgerüstet und auf das letzte laizistische Regime des Nahen Ostens losgelassen hat, sondern der nach wie vor international anerkannte Präsident Syriens für eine Tat, die ihm eben jene Terrorpatrone aus Washington und London zur Last legen, ohne dafür bisher andere Beweise als die vorgelegt zu haben, die ihre eigenen regionalen Söldner produziert haben.**

Nun wusste schon Götz von Berlichingen, dass die Herren von Nürnberg niemanden hängen konnten, den sie nicht hatten. Vor die »Reichsexekution« im Namen der vom Westen für sich beanspruchten »Schutzverantwortung« haben die Umstände aber gesetzt, dass der syrische Präsident einen mächtigen Verbündeten hat: Russland.

Bei aller Rabulistik können die westlichen Politiker nicht wegdisputieren, dass das russische Militär auf die Bitte Baschar Al-Assads im Land stationiert ist und seine Anwesenheit damit völkerrechtlich legal ist.

Und die Unterscheidung zwischen den harten Notwendigkeiten ziviler »Kollateral-schäden« bei der Anwendung von Uranmunition und einem Kriegsverbrechen, wie es Syriens Militär vorgeworfen wird, ist im Zweifelsfall eine der Definitionsmacht.

Genau aus diesem Grund, Definitionsmacht zu erlangen, schäumt die westliche Syrien-Rhetorik derzeit über wie Brausepulver. Es geht, wie der britische Außenminister Boris Johnson offenherzig bekannte, darum, Russland »deutlich zu machen«, dass die weitere Unterstützung Assads »nicht mehr in seinem strategischen Interesse ist«.

Das bedeutet im Klartext: Russland soll mit Blick auf sein übergeordnetes Interesse an einem Modus vivendi mit dem Westen die vom Völkerrecht gedeckte Unterstützung Assads einstellen und damit dem Westen den vom Völkerrecht nicht gedeckten Sturz Assads praktisch ermöglichen.

Und weil dieses Ziel a priori feststeht, ist der Westen taub gegenüber der russischen Forderung nach einer internationalen Untersuchung. Es sollen Fakten geschaffen werden. Wenn sich hinterher herausstellt, dass die Vorwürfe erfunden waren, interessiert das nur noch Historiker.

Der Journalist Reinhard Lauterbach ist Experte für Ost-Europa und Russland. VVN-BdA und das Nürnberger Friedenforum führten mit ihm gemeinsam vor zwei Jahren eine Veranstaltung zu den Entwicklungen in der Ukraine durch.